

25

JAHRE

1987-2012

Rohstoffquelle Abfall

Wie aus Müll
Produkte von morgen werden



Inhaltsverzeichnis

Auf Halde

Einstiege	12
Vom Recycling zur Mülllawine und zurück	17
Abfallproduktion und Wergwerfmentalität in Westdeutschland	
<i>Von Roman Köster</i>	

Der Blick in die Tonne

Im freien Wertverfall	24
Wachstumslogik und Müllproblematik	
<i>Von Marianne Gronemeyer</i>	
Auf Deponien, in Strudeln und Schornsteinen	30
Der lange Weg vom Müll zur Ressource	
<i>Von Heike Holdinghausen</i>	
Mehr Kreislauf bitte!	36
Novellierte Abfallpolitik in Deutschland	
<i>Von Hartmut Hoffmann</i>	
Nachschub für die imperiale Lebensweise	43
Die Rohstoffpolitik Deutschlands und der EU	
<i>Von Peter Fuchs</i>	
Zwei Länder, zwei Tonnen	48
Abfalldiskurs in Frankreich und Deutschland	
<i>Von Reiner Keller</i>	

Die Vermüllung der Welt

- 56 Gebaut, um kaputtzugehen**
Geplante Obsoleszenz
Von Stefan Schridde
- 62 Der deutsche Schrottplatz liegt in Übersee**
Export von Elektronikmüll
Von Knut Sander
- 67 „Vertrauen wird am Ende der entscheidende Faktor sein“**
Entsorgung und Lagerung von Atommüll
Ein Interview mit Jochen Stay
- 71 Die unsichtbare Hand**
Informelle Arbeit in der Abfallwirtschaft
Von Roland Linzner und Gudrun Obersteiner

Von Wertstoffen und Kreisläufen

- 78 Vom Goldschürfen in der Stadt**
Urban Mining
Von Peter Kiefhaber
- 85 Die Zauberhand allein wird's nicht richten**
Schonung der natürlichen Ressourcen
Von Benjamin Bongardt
- 92 Nutzen statt besitzen**
Eine ressourcenleichte Konsumkultur
Von Gerd Scholl
- 97 Der lange Weg in die Recyclinggesellschaft**
Kreislauftrisiken
Von Bernd Bilitewski
- 103 Bauplan für die wiederverwertbare Warenwelt**
Nachhaltiges Design
Von Ursula Tischner

Impulse

Projekte und Konzepte 111

Medien 119

Spektrum Nachhaltigkeit

Teil 5
zum UN-Weltgipfel
2012 in Rio de
Janeiro

Rio – kein Ort – nirgends? 124

Der Geist von 1992

Von Barbara Unmüßig

Kommunale Nachhaltigkeit 3.0 – die regenerative Stadt 128

Zwei Jahrzehnte Lokale Agenda 21

Von Sabine Drewes

Eurorettung braucht Green New Deal 132

Explodierende Öl- und Ressourcenpreise

Von Sven Giegold

Chancen und Grenzen 136

Weltweiter Emissionshandel

Von Felix Ekardt

Die Gier beenden 140

Ein nachhaltiges Geschäftsmodell für Deutschland

Von Ulrich Mössner

Rubriken

Editorial 7

Impressum 144

Vorschau 145

Weltweiter Emissionshandel

Chancen und Grenzen

Von Felix Ekardt

— Weltweit sind die Treibhausgasemissionen seit dem Basisjahr 1990 um über 40 Prozent gestiegen. (1) Die Klimaforscher(innen) fordern jedoch eine Verringerung um 80 Prozent bis zum Jahr 2050. Die viel zitierten zwei Tonnen Kohlendioxidäquivalente pro Mensch und Jahr und eine Halbierung der Emissionen bis 2050 reichen eher nicht, will man die globale Nahrungs- und Wasserversorgung auf Dauer garantieren und im Übrigen auch enorme wirtschaftliche Kosten, Ressourcenkriege und Millionen Tote abwenden.

Auch Deutschland und die Europäische Union sind in ihrem Handeln bisher, entgegen verbreiteter Wahrnehmung, eher keine Vorreiter. Ein Land wie Deutschland hat nach wie vor das ungefähr zehnfache Emissions-

niveau dessen, was dauerhaft und global verträglich wäre. Zudem stimmt nicht einmal die Richtung: Die angeblichen 25 Prozent, um die Deutschland seine Emissionen seit dem Jahr 1990 reduziert hat, sind zum großen Teil einfach nur Emissionsverlagerungen, da die Produktion westlicher Konsumgüter zunehmend außerhalb Europas stattfindet.

Bisherige Maßnahmen wie der weltweite Staaten-Emissionshandel und der EU-Unternehmens-Emissionshandel bringen dem Klimaschutz wenig. Ein Emissionshandel (Emissions Trading System, ETS) erlaubt den Beteiligten, vorgegebene Emissionsverpflichtungen dort zu erfüllen, wo die Treibhausgasreduktion am kostengünstigsten ist. Das geht so, dass die Reduktionsverpflichteten entweder ihren Reduktionsverpflichtungen nachkommen können oder Geld dafür zahlen können, dass andere Beteiligte die Reduktionsverpflichtungen übernehmen. Grundsätzlich ist das keineswegs ein, wie es in der Umweltbewegung oft heißt, kritikwürdiger Ablasshandel, sondern vielmehr ökonomisch sinnvoll.

Ein ETS nützt dem Klima jedoch nur dann, wenn die Reduktionsziele anspruchsvoll sind. Das sind sie beim Staaten-ETS nicht: Die meisten Staaten haben bisher ohnehin keine bindende Reduktionsverpflichtung. Und auch die übrigen, vor allem die euro-

Nachhaltigkeit – der Begriff hat in vielen Medien keine Konjunktur. Diese Zurückhaltung hat ihren Preis: Man bleibt häufig an der Problemoberfläche. Nachhaltigkeit ist beim größten deutschen Umweltverband, der zwei große Studien über ein zukunftsfähiges Deutschland initiiert hat, und der *politischen ökologie* seit vielen Jahren gut aufgehoben. Deshalb suchen sie die Zusammenarbeit: In jeder

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Ausgabe gibt es an dieser Stelle einen Beitrag von einem Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des BUND.

päischen, haben nur eine geringe: Die verpflichteten Länder müssen von 1990 bis 2012 die Emissionen um rund fünf Prozent reduzieren, die EU um rund acht Prozent. Zudem können die Staaten ihre Reduktionspflichten durch Rechentricks noch verringern, vor allem mit Bezug auf die Landnutzung und durch angebliche Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern, die häufig den behaupteten Klimaschutzeffekt gar nicht haben. So kommen die global wachsenden Emissionen zustande.

Fünf Tonnen Kohlendioxid pro Erdbewohner und Jahr

Der EU-Unternehmens-ETS ist so konzipiert, dass die EU einen Teil ihrer Reduktionspflichten bestimmten Industriezweigen auferlegt und den Unternehmen dann wieder erlaubt, die Emissionsreduktionen entweder selbst durchzuführen oder sich von anderen Unternehmen Emissionszertifikate zu kaufen. Der Gedanke, die Emissionen am kostengünstigsten Punkt zu reduzieren, ist zwar auch hier sinnvoll. Wegen der geringen EU-Reduktionspflichten sind jedoch auch die Reduktionspflichten der Unternehmen viel zu niedrig und zudem erneut – beispielsweise durch zweifelhafte Klimaschutzprojekte in den Entwicklungsländern – umgehbar.

Außerdem müssen die beteiligten Unternehmen die Emissionszertifikate bisher nicht ersteigern, was einen geringeren Druck erzeugt, Emissionen auch wirklich zu senken. Weiterhin erlaubt die Nichtbeteiligung der meisten Staaten am weltweiten Staaten-ETS bisher, dass Industriezweige wie die Stahlproduktion etwa von Europa nach China umziehen und dadurch den EU-Staaten und EU-Unternehmen Emissionsreduktionen be-

scheren, die in Wirklichkeit nur Verlagerungen sind, welche dem Klima natürlich nichts nützen. Wesentliche Emissionssektoren wie die Gebäudewärme, der Autoverkehr oder die Landnutzung sind ferner im Wesentlichen vom EU-Unternehmens-ETS nicht erfasst und auch durch andere Politikmaßnahmen nur unzureichend gesteuert. Wenn momentan leicht verschärfte Reduktionsziele im EU-Unternehmens-ETS gefordert werden, so ist das zwar sinnvoll, aber nur ein kleiner Anfang in Relation zu den beschriebenen Problemen.

Trotz des großen Unwillens selbst unter den EU-Staaten für wirklich einschneidende Maßnahmen lässt sich das optimale Design in seinen Grundzügen relativ leicht angeben. Die Treibhausgasausstöße müssten global strikt begrenzt und dann auf alle Staaten anhand ihrer Bevölkerungszahl aufgeteilt werden. Jeder Mensch zählt dabei gleich viel. Eine Tonne Kohlendioxid mal Einwohnerzahl – das wäre im Jahr 2050 in etwa der noch verträgliche Ausstoß in einem Staat. Beginnen würde man jetzt mit dem globalen Durchschnitt von etwa fünf Tonnen pro Mensch und Jahr. Das zulässige Maß müsste dann in vielen kleinen Schritten jährlich absinken. Wenn dann etwa Industriestaaten mehr Treibhausgase ausstoßen wollten, müssten sie den Entwicklungsländern, die heute fast immer deutlich unter fünf Tonnen liegen, überschüssige Emissionsrechte abkaufen.

Die Entwicklungsländer könnten Übergangsweise mehr als fünf Tonnen pro Kopf bekommen und der Westen entsprechend weniger, um die historische Verursachung des Klimawandels durch den Westen teilweise auszugleichen. So könnten sie noch

mehr verkaufen und verdienen. Das würde die Entwicklung des Südens auch weiterhin ermöglichen, Klimaschutz und die Schäden durch den Klimawandel finanzieren – und trotzdem langfristig die Treibhausgase begrenzen. Eine globale Institution, etwa das bereits bestehende UN-Klimasekretariat in Bonn, müsste die Emissionsreduktionen strikt überwachen und mit Sanktionen durchsetzen.

Strenge Ziele statt Verlagerung und Schlupflöcher

Die nach dem Staaten-ETS pro Staat oder Kontinentalzusammenschluss, wie im Fall der EU, vorhandene, regelmäßig sinkende Menge an Emissionsrechten müsste dann mittels eines weiter als bisher gefassten Unternehmens-ETS unter den Kohle-, Gas- und Öl-Unternehmen auf einer Auktion weiterverteilt werden. Jeder Verkäufer von fossilen Brennstoffen dürfte also die sich aus diesen Brennstoffen ergebenden Treibhausgasausstöße bei allen Bürger(inne)n nur noch ermöglichen, wenn er Emissionsrechte besitzt. Anders als der bisherige EU-ETS nur für einige Industriesektoren erfasst wird – mit laschen Zielen und mit vielen Schlupflöchern – würden damit nahezu sämtliche Treibhausgasausstöße eingerechnet. Denn über die Primärenergie bildet man Produktion und Konsum quasi insgesamt ab. Einzubeziehen wäre eigentlich auch die Landnutzung, auch über den fossilen Brennstoffanteil an der Landnutzung, etwa für den mineralischen Dünger, hinaus. Da ein ETS, das die Landnutzung voll einbezieht, vorerst schwierig werden wird, helfen alternativ erhöhte Abgaben auf landwirtschaftliche Aktivitäten und Entwaldung. Vieles an

bürokratischen und zugleich oft wenig effektiven klimapolitischen Instrumenten würde im Gegenzug zu dieser ganzen Reform überflüssig: beispielsweise Vorgaben für die Wärmedämmung von Häusern, die bisher ohnehin oft nicht umgesetzt werden. Primärenergie liefernde Unternehmen würden ihre Ersteigerungskosten für die Emissionsrechte gleichmäßig über Produkte, Strom, Wärme und Treibstoff an die Endverbraucher(innen) weitergeben. Umgekehrt könnten die Versteigerungseinnahmen für sozialen Ausgleich eingesetzt werden. In Industriestaaten wäre dieser Topf klein, weil die Ersteigerungskosten im Staaten-Emissionshandel den Topf verkleinern. In den Entwicklungsländern wäre es umgekehrt. So senkt man den globalen Treibhausgasausstoß und die Nutzung fossiler Brennstoffe Schritt für Schritt, aber rapide. Automatisch bekämen treibhausgasarme erneuerbare Energien und Energieeffizienz durch den damit erzeugten Kostendruck und durch die damit erzeugte Begrenzung der fossilen Brennstoffnutzung massiv Aufwind. All das wäre auch ökonomisch sinnvoll für (fast) alle Beteiligten – allein schon wegen der sonst drastischen Kosten bedingt durch den Klimawandel. Und auch kurzfristig sind mehr Energieeffizienz und erneuerbare Energien ökonomisch oft vorteilhaft: Man fördert neue Wirtschaftszweige und macht sich von Energieimporten und steigenden Öl- und Gaspreisen unabhängig. Man sichert dauerhaft die Energieversorgung und vermeidet gewaltsame Auseinandersetzungen um schwindende Ressourcen. Schon dies ist zugleich sozial vorteilhaft, ebenso wie die durch den Finanztransfer in den Süden ermöglichte Armutsbekämpfung. Somit würde,

wie von den Menschenrechten geboten, der globale Klimawandel gebremst und die globale Verteilungsgerechtigkeit gefördert. Ein solcher Vorschlag ist nicht unbedingt illusorisch. Denn ein begrenzter Kreis von Staaten könnte bereits heute damit beginnen, allen voran die EU. Alle Staaten, etwa die aus Südamerika oder Afrika, könnten sich an dem System von Anfang an beteiligen. Gegenüber unbeteiligten Ländern wie den USA oder China könnte man Ökozölle auf Importe von dort und Erstattungen für Exporte dorthin einführen. So würde man die klimapolitischen Mehrkosten für die Unternehmen innerhalb der beteiligten Länder ausgleichen. Das würde Produktionsverlagerungen in den Süden verhindern, die meist zugleich Emissionsverlagerungen dorthin sind. Und es würde dazu

anregen, sich an dem System zu beteiligen. Der gesamte Ansatz wäre wirksamer als der bisherige EU-Unternehmens-ETS und der derzeitige Staaten-ETS. Denn es existierten nun strenge Ziele, es gäbe keine Schlupflöcher und Emissionsverlagerungen mehr, und das System würde wirklich die gesamten Emissionen erfassen. ———

Anmerkung

(1) Vgl. zu sämtlichen Aspekten des Artikels ausführlicher:

Ekardt, Felix (2011): Theorie der Nachhaltigkeit. Rechtliche ethische und politische Zugänge – am Beispiel von Klimawandel, Ressourcenknappheit und Welthandel. Baden-Baden.

Ekardt, Felix (2012): Klimaschutz nach dem Atomausstieg. 50 Ideen für eine neue Welt. Freiburg.

Zum Autor

Felix Ekardt, geb. 1972, ist Jurist, Philosoph und Soziologe. Er leitet die Forschungsstelle Nachhaltigkeit und Klimapolitik in Leipzig und ist Vorstandsmitglied am Ostseeinstitut für Seerecht, Umweltrecht und Infrastrukturrecht der Universität Rostock.

Kontakt

Prof. Dr. Felix Ekardt, LL.M., M.A.
 Forschungsstelle Nachhaltigkeit und Klimapolitik
 Könnertstraße 41
 D-04229 Leipzig
 Fon ++49/(0)341/926 08 83
 E-Mail felix.ekardt@uni-rostock.de
